



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BERLIN

Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstraße 163
13353 Berlin
Landesgeschäftsführer:
Sven Heinemann

An
Alexandra Rigos
NABU Landesverband Berlin e.V.

Hotline: 030 - 4692-222
berlin@spd.de
Web: SPD.Berlin

Per E-Mail an
ARigos@nabu-berlin.de

Bei Rückfragen:
dorothee.stahlberg@spd.de
030-4692-170

Berlin, 17. Januar 2023

IHRE WAHLPRÜFSTEINE ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2023

Sehr geehrte Frau Rigos,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Wahlprogramm.

Unser Programm, mit dem wir 2021 angetreten sind, ist auf fünf Jahre ausgelegt. Es gilt weiterhin, auch bei der Wiederholung der Wahl am 12. Februar 2023. Die meisten unserer Vorschläge und Ideen konnten wir im Koalitionsvertrag einbringen, vieles ist in der Umsetzung oder sogar bereits umgesetzt. Ergänzend dazu haben wir einen Leitantrag zu den aktuellen Herausforderungen aus der Energiepreis- und Teuerungskrise beschlossen. All das und viele weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite unter <https://spd.berlin/wahlprogramm/>.

Entsprechend sind auch die Wahlprüfsteine aus dem Jahr 2021 bis auf wenige Änderungen noch aktuell. Diese haben wir eingearbeitet und würden Sie um die Publikation der beigefügten Fassung bitten.

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

Mit herzlichen Grüßen

i.A. Dorothee Stahlberg

ZUSAMMEN BERLIN

1. I. VERKEHR UND KLIMASCHUTZ

1) Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei die Klimaneutralität bis 2050 erreichen?

Für Berlin nehmen wir uns in der Klimapolitik ein anspruchsvolles Ziel vor und streben vollständige Klimaneutralität bis spätestens 2045 an. Berlin hat als erstes Bundesland die Klimanotlage anerkannt und bereits eines der ehrgeizigsten Landes-Klimaschutzgesetze Deutschlands. Um dem Pariser Klimaabkommen und unseren Klimaschutzzielen gerecht zu werden, sollen bis 2030 die CO₂-Emissionen um mindestens 70 Prozent, bis 2040 um 90 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden. Dazu werden wir in der nächsten Legislaturperiode unsere Politik auf folgende Schwerpunkte ausrichten:

- **Klimaschutz als Querschnittsaufgabe sozial gerecht gestalten.** Um dem Pariser Klimaabkommen und unseren Klimaschutzzielen gerecht zu werden, werden wir alle Politikfelder konsequent auf mehr Klimafreundlichkeit ausrichten. Bei den anstehenden Veränderungsprozessen muss es sozial gerecht zugehen. Wir brauchen einen Social-Green-Deal, um Berlin zu einer sozialen und klimaneutralen Stadt machen. Wir achten darauf, dass Menschen mit geringen und mittleren Einkommen nicht die Hauptlast des Wandels tragen müssen.
- **Klimaschutztechnologien als Motor für Innovation und Beschäftigung fördern.** Unsere Stadt verfügt über eine Fülle von Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die bei der Lösung der Herausforderungen des Klimawandels und der Energiewende helfen können. Sie bringen den Klimaschutz in Berlin voran, gleichzeitig wächst eine moderne Industrie mit neuen, gut bezahlten Arbeitsplätzen. Diese Potenziale wollen wir stärken. Wir sehen hier den wichtigsten wirtschafts- und energiepolitischen Handlungsschwerpunkt für die nächsten zehn Jahre: Die Solarenergie ist einer der zentralen Bausteine für die klimaneutrale Stadt. Damit wir dieses Ziel sicher erreichen, müssen wir den in Berlin erzeugten Solarstromanteil auf 25 Prozent steigern. Daher werden wir gemeinsam mit der Berliner Wirtschaft und dem Handwerk, den Berliner Stadtwerken und dem Berliner SolarZentrum eine auf Berlin zugeschnittene Solarkampagne initiieren, die gezielt für den Wohngebäudesektor praktikable Lösungen anbietet. Ein wichtiger Beitrag für ein klimaneutrales Energiesystem ist auch die Nutzung von Wasserstoff. In einer Berliner Wasserstoff-Strategie werden wir deshalb die Marktreife und Anwendung dieses neuen Energieträgers vorantreiben und in konkreten Projekten erproben, beispielsweise bei landeseigenen Betrieben. Dazu wird auch die Bereitstellung eines allgemein verfügbaren Wasserstoff-Tankstellennetzes bei Güterverteilzentren und Betriebshöfen und die Förderung der Wasserstofftechnologie in der Binnenschifffahrt gehören.
- **Wir wollen eine sozialverträgliche Klima- und Energiewende.** Um die Klima- und Energiewende in der Stadt gut und sozial verträglich zu schaffen, brauchen wir leistungsfähige und sichere Infrastrukturen bei Wasser, Energie (Strom, Wärme, Gas), Abfall, Grün, Mobilität, Telekommunikation, die aufeinander abgestimmt betrieben werden müssen. Deshalb werden wir unsere Rekommunalisierungsbemühungen fortsetzen, die Infrastrukturen in einem starken Berliner Infrastrukturbetreiber bündeln und die Berliner Stadtwerke zu dem zentralen Berliner Klimadienstleister ausbauen. Die auf Initiative der Berliner SPD im Jahr 2014 gegründeten Berliner Stadtwerke

nehmen hierbei eine wichtige strategische Funktion ein, die wir in den nächsten Jahren stetig erweitern werden. Dabei sollte der Aufbau von intelligenten Netzen (Smart Grids) schnell vorangetrieben werden. Eine Schlüsselrolle auf dem Weg zur klimaneutralen Wärmeversorgung bis 2050 spielen die Berliner Wärmenetze und die Stadtwärme. Deshalb werden wir uns im Berliner Wärmegesetz für den Ausbau der Fern- und Nahwärmenetze und die schrittweise Dekarbonisierung der Stadtwärme mit überprüfbaren Quoten bis 2050 einsetzen.

- **Klimaschutz im Quartier bei Neu- und Bestandsbauten gewährleisten.** Der Energiebedarf der Berliner Gebäude ist aktuell für rund 40 Prozent der klimarelevanten Emissionen in Berlin verantwortlich. Hier liegt deshalb einer der Schwerpunkte unserer Klimapolitik für Berlin. Wir wollen, dass neue Stadtquartiere künftig ihren Beitrag zum Ziel der Klimaneutralität leisten. Der weitaus größte Teil unserer Stadt besteht jedoch aus Bestandsgebäuden. Viele müssen deutlich energieeffizienter werden. Um Kosten zu sparen, setzen wir möglichst auf serielle, standardisierte Sanierungen. Durch eine Energieberatungsoffensive sowie zusätzliche Landesförderprogramme wollen wir die Sanierungsrate im Gebäudebestand systematisch erhöhen.

- **Grünflächen pflegen, Stadtnatur bewahren, Wasserversorgung sichern.** Erste Auswirkungen des Klimawandels sind immer häufiger auch in Berlin zu spüren: langanhaltende Hitzeperioden, heftige Starkregen und Stürme, vertrocknende Wälder und eine drohende Wasserknappheit. Auch hier werden wir handeln. Die steigende Flächenknappheit darf deshalb nicht einseitig zulasten des Stadtgrüns gehen. Grünanlagen sind ein Pfeiler der Umweltgerechtigkeit. Sie tragen zu einem guten Stadtklima bei, nehmen Regenwasser auf und leisten einen Beitrag zur Artenvielfalt in Berlin. Besonders Menschen mit einem geringen sozialen Statusindex sind überproportional häufig von negativen Umweltfaktoren wie verschmutzter Luft, hoher Lärmbelastung, geringer Verfügbarkeit von wohnortnahen Grünflächen und einem schlechten Bioklima betroffen. Es ist uns ein dringendes Anliegen, dem entgegenzuwirken. Daher werden wir uns für eine personelle und finanzielle Stärkung der Grünflächenämter einsetzen, damit die Pflege wieder stärker durch bezirkliche Angestellte durchgeführt werden kann. Ein sukzessiver Umbau hin zu klimaresilienten Parks und Grünflächen wollen wir anpacken – im Einklang mit dem heimischen Artenvorkommen

- **Emissionsfreie Wirtschaftsverkehr.** Auch den Wirtschaftsverkehr werden wir mit intelligenten Lösungsansätzen wie dem emissionsarmen Transport von Waren über Verteilerpunkte oder der Förderung von emissionsfreien Kleintransportern klimafreundlich weiterentwickeln. Außerdem setzen wir uns bei den Wirtschaftsverkehren für die Elektrifizierung der Schienenwege nach Berlin, attraktive Wasserstraßen und nachhaltige Antriebe samt Ausbau der Lade- und Tankinfrastruktur ein.

2) Sind Sie bereit, im Sinne der Verkehrswende bereits versiegelte Verkehrsflächen vom Autoverkehr hin zum ÖPNV, Rad- und Fußverkehr umzuverteilen?

Wesentlicher Bestandteil des Klimaschutzes ist die Verkehrswende. Mit einem Mix aus E-Mobilität, Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs und Stärkung des Rad- und Fuß-Verkehrs schaffen wir die nötige Mobilitätswende, die sich durch eine gerechtere Flächenverteilung auszeichnet. Um eine gerechte Verteilung der Verkehrsflächen in Berlin zu gewährleisten, müssen wir dem Bedarf

nach Rad- und Fußgängerverkehr gerecht werden und Alternativen zum eigenen Kraftfahrzeug gezielt stärken. Mit dem bundesweit ersten Mobilitätsgesetz hat die Berliner SPD dafür bereits die notwendige Grundlage geschaffen. Darauf aufbauend wollen wir zu einer klimagerechten und stadtverträglichen Mobilität gelangen. Unser Ziel: Ein starker Umweltverbund, bestehend aus Radverkehr, Fußverkehr und einem Öffentlichen Personennahverkehr mit verbesserten Anbindungen insbesondere der Außenbezirke und attraktiveren Taktzeiten. Dabei steht für uns die Soziale Frage im Mittelpunkt. Niemand darf von Mobilität ausgeschlossen werden. Damit mehr Menschen auf Bus und Bahn umsteigen, braucht es ein flächendeckendes, gut ausgebautes Angebot mit attraktiven Ticketpreisen. Das von der SPD durchgesetzte 29-Euro-Ticket bietet in Berlin nachhaltige Mobilität für nicht mehr als einen Euro am Tag. Wir konnten es bis mindestens Ende April verlängern und möchten es als Ergänzung zum bundesweiten 49-Euro-Ticket dauerhaft einführen. Den Preis für das Sozialticket haben wir bis mindestens Ende April auf 9 Euro im Monat abgesenkt. Wir begrüßen, dass es beim Semesterticket eine Einigung gab, und fordern eine langfristige Lösung für Studierende und Auszubildende. Für Schülerinnen und Schüler ist das Nahverkehrsticket seit Jahren kostenlos. Damit sichern wir Teilhabe und entlasten Familien spürbar.

3) Wie stehen sie zum Bau der „Tangentialverbindung Ost“ (TVO) und zum Weiterbau der A100?

Den Bau des bereits weitgehend vollendeten 16. Bauabschnitts der A100 von Neukölln nach Trepow wollen wir abschließen. Wir setzen uns für ein Verkehrskonzept für die betroffenen Bereiche einschließlich der Sonnenallee ein. Bei der Inbetriebnahme muss die verkehrliche Umgebungssituation beachtet werden. Planung und Bau des 17. Bauabschnitts der A100 werden durch die Landesregierung nicht weiter vorangetrieben.

II. WASSER

4) Was wird Ihre Partei tun, um die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie bis 2027 in Berlin zu erreichen?

Für die Berliner SPD ist klar: Die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie muss zwingend bis 2027 gewährleistet werden. Berlin ist seit März 2018 eine Blue Community und hat sich damit zum besonderen Schutz des Wassers verpflichtet, sei es als Lebensmittel oder auch Lebensraum. So wollen wir die Wassergüte bezüglich der physikalisch-chemischen und auch biologischen Belastung der Oberflächengewässer, insbesondere der Hauptfließgewässer wie Spree und Havel deutlich verbessern. Dies wird durch Reduktion von Direkteinleitungen aus Gewerbebetrieben, aber auch der Entwässerung von Straßen und Parkplätzen erreicht. Dabei muss die Einleitung von belastetem Regenwasser unterbleiben, sei es, indem Flächen zur Versickerung entsiegelt werden, das Regenwasser gereinigt wird oder, dass eine Regenwasserableitung eingeschränkt wird, wie z.B. in Neubaugebieten. Berlin hat jedoch sein Wassermanagement nicht allein in der Hand, denn die Gewässer der Stadt befinden sich in dem Elbeanrainernetzwerk.

Somit kann ein nachhaltiges Wassermanagement nur mit Brandenburg gemeinsam gelingen, wobei die Verockerung der Spree durch den stillliegenden Baukohlebergbau in der Lausitz, der Phosphoreintrag durch die Landwirtschaft und die abnehmenden Wassermengen die Hauptherausforderungen der nächsten Jahre darstellen.

Die Versorgung mit Trinkwasser in ausreichender Qualität und Quantität ist eine essenzielle Lebensgrundlage und damit eine Daseinsvorsorge, die ausschließlich in kommunale Hand gehört. Anders als viele andere Städte gewinnt Berlin sein Wasser aus dem Grundwasser und Uferfiltraten auf eigenem Stadtgebiet. Diese Wasserselbstversorgung bedingt eine besondere Sorgfalt gegenüber dem Grundwasser, den Berliner Oberflächengewässern und der Ufernatur. Unsere Flüsse und Seen müssen sauberer werden, indem Direkteinleitungen möglichst unterbleiben und das Regenwasser besser zur Bewässerung des Stadtgrüns genutzt wird. Dazu werden wir die von der Berliner SPD initiierte bundesweit erste Regenwasseragentur fortführen und stärken. Und mit den Berliner Wasserbetrieben werden wir zusammen dafür sorgen, dass die über 300 öffentlichen Springbrunnen sowie die Berliner Straßenpumpen wieder funktionieren. Als Auswirkung des Klimawandels wird sich Berlin zunehmend auch mit dem Mangel an Wasser auseinandersetzen müssen, damit es nicht zu Wassernotständen wie in manchen Brandenburger Kommunen kommt. Dazu muss das Wasserversorgungskonzept 2040 entsprechend angepasst werden. Um langfristig die Trinkwasserversorgung zu sichern, ist es wichtig, möglichst viel Regenwasser dem Grundwasser wieder zuzuführen. Daher sprechen wir uns klar für großflächige Entsiegelungen im gesamten Stadtgebiet aus. Sei es Parkplätze, Innenhöfe oder Stadtplätze – auch hier ist eine Netto-Null-Versiegelung bis 2023 anzustreben. Bisher wird für uns die Ressource Regenwasser noch zu wenig verwertet. Regenwasser muss von der Kanalisation abgekoppelt werden und von Dächern möglichst dem Stadtgrün, sei es Bäumen oder Grünflächen, zugeführt werden. Wir werden uns hier für den Abbau von rechtlichen und strukturellen Hemmnissen einsetzen.

5) Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die durch die Trinkwasserförderung bereits stark geschädigten Moore Berlins zu retten?

Der Erhalt von Mooren einerseits und die Sicherung der Trinkwasserversorgung in Berlin andererseits sind eine große Herausforderung. Moore sind riesige CO₂ Speicher und daher unbedingt zu schützen. Dafür werden wir schnellstmöglich den Masterplan Wasser, der bereits in der auslaufenden Legislatur Teil des Koalitionsvertrags war, fertig stellen. Für eine langfristige Sicherung der Wasserversorgung und der wertvollen Moore werden wir eng mit Brandenburg zusammenarbeiten. Wir werden Wasserverluste an Schleusen und Wehren minimieren. Wir investieren in eine höhere Effizienz der Wasserinfrastrukturen in der Stadt, um Fördermengen so gering wie möglich zu halten. Dafür werden wir die Berliner Wasserbetriebe mit ausreichenden Finanzmitteln ausstatten.

III. STADTGRÜN

6) Welche Mittel wollen Sie bereitstellen, um mehr Stellen in Naturschutzbehörden und Grünflächenämtern zu schaffen?

Um die Regulierungen und Ziele im Bereich Umwelt- und Naturschutz in Berlin umzusetzen, ist eine entsprechende Personalausstattung unabdingbar. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Naturschutzbehörden und Grünflächenämter eine feste Personalausstattung mit den entsprechenden Sachmitteln erhalten. Die bezirklichen Grünflächenämter wollen wir insbesondere durch eine weitere Übernahme der Reinigungsarbeiten durch die BSR entlasten. Die Reinigung von Parks und Grünflächen wurde durch das Engagement der SPD im Jahr 2021 in den Regelbetrieb überführt und erweitert. Die BSR ist inzwischen für 79 Berliner Parks und sonstige Grünanlagen sowie mehrere Schwerpunktbereiche in 17 Forstrevieren zuständig. Auch künstliche Intelligenz, wie etwa durch Müllroboter, soll die Parkreinigung der BSR unterstützen. Tests hierfür finden bereits statt. Zudem wurden die Gelder für die Baumpflege von 50 Euro auf 82 Euro pro Baum erhöht. Diese Mittel sichern wir zukünftig und prüfen kritisch, wie sich der Baumbestand in den städtischen Grünflächen, Parks und Wäldern weiterentwickelt. Das Mischwaldprogramm und die Stadtbaumkampagne, die unter SPD-Führung im Jahr 2012 eingeführt wurden, werden wir in weiterführen.

7) Wie beabsichtigen Sie sicherzustellen, dass das vom Senat herausgegebene "Handbuch Gute Pflege" bei der Grünflächenpflege in den Bezirken, bei öffentlichen Institutionen sowie städtischen Wohnungsgesellschaften verbindlich befolgt wird?

Wir werden die Koordination und Überwachung insbesondere externer Dienstleister bei der Grünflächenpflege verbessern und bei den entsprechenden öffentlichen Institutionen, den Landesunternehmen und den Bezirken hierfür weiter sensibilisieren.

8) Halten Sie ein Verbot von Schottergärten für ein geeignetes Instrument, um ökologisch wertvollere Gärten zu fördern?

Ein weitgehender Erhalt unversiegelter Flächen auf den nicht-überbauten Flächen ist ein wichtiger Aspekt, um Wasser auf städtischem Gebiet aufzunehmen und bei Starkregenereignissen die Kanalisation nicht stärker zu belasten. Ebenso setzen wir uns für eine Privilegierung begrünter und bepflanzter Flächen gegenüber Schottergärten ein. Dafür wird sich die Berliner SPD in der kommenden Legislaturperiode stark machen.

IV. BAUEN

9) Beabsichtigen Sie, Maßnahmen gegen Vogelschlag an Glas sowie zur Schaffung künstlicher Lebensstätten für Vögel- und Fledermäuse bei Neu- und Bestandsbauten in der Bauordnung zu verankern?

Ja. Beide Forderungen sind in der geplanten Novellierung der Berliner Bauordnung vorgesehen. In der entsprechenden Ausschussanhörung hat sich unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus bereits zustimmend positioniert.

10) Setzen Sie sich dafür ein, die ökologische Baubegleitung bei allen Bauvorhaben verpflichtend zu machen?

Ja. Wir wollen, dass neue Stadtquartiere künftig ihren Beitrag zum Ziel der Klimaneutralität leisten. Dazu werden wir ökologisch wirksame und sozial verträgliche Standards formulieren, die praxistauglich und verpflichtend sind und zu Berlin passen: ein erhöhter Effizienzhausstandard für Gebäude, mehr Solarenergie und mehr Gebäudebegrünung auf Dächern und Fassaden, Einsatz von klimaverträglichen Baumaterialien, wie Holz, ein dezentrales Regenwassermanagement, Gemeinschaftsgärten und klimafreundliche Mobilität. Bei der Planung neuer Stadtquartiere achten wir darauf, neben Wohnungen auch soziale Infrastrukturen und Einkaufsmöglichkeiten anzubieten, um eine Grundversorgung vor Ort ohne lange Wege zu ermöglichen. Wir wollen den verkehrssarmen „Kiez der kurzen Wege“.

11) Wird sich Ihre Partei für die Förderung kombinierter Solar-Gründächer einsetzen, die sowohl dem (Stadt-)Klima als auch der Artenvielfalt nutzen?

Ja. Begrünung von Dächern und die Gewinnung von Solarstrom sind für einen klimafesten Umbau der Stadt gleichermaßen sinnvoll und notwendig. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass Förderungen kombiniert werden können.

12) Inwieweit wollen Sie technische Möglichkeiten zur Verringerung der Lichtverschmutzung fördern?

In den letzten Jahren sind die beleuchtete Fläche und die Lichtintensität in Berlin deutlich gestiegen. Mit zunehmender künstlicher Beleuchtung nehmen die negativen gesundheitlichen und ökologischen negativen Auswirkungen zu. Die Berliner SPD ist daher nach wie vor entschlossen, die Lichtverschmutzung in Berlin durch neueste beleuchtungstechnologische Innovationen und lichtplanerische Möglichkeiten zu reduzieren und die Lichtemissionen in Berlin entsprechend zu regulieren. Für einen wirksamen und nachhaltigen Regulierungsansatz müssen Maßnahmen des Lichtemissionsschutzes mit der Förderung technischer Möglichkeiten einhergehen. Dazu gehört beispielsweise die Förderung technischer Möglichkeiten für Mess- und Monitoringinstrumente, Steuerungssysteme, aber auch für die Entwicklung städtischer Beleuchtungskonzepte.

V. FLÄCHENSICHERUNG

13) Was unternimmt Ihre Partei, um die über das Landschaftsprogramm (LaPro) ausgewiesenen Biotopverbundflächen rechtsverbindlich zu sichern?

14) Was wird Ihre Partei tun, um den Flächenverbrauch allgemein zu reduzieren?

Die Fragen 13) und 14) werden zusammen beantwortet.

Die Freiflächen, Grünanlagen und Wälder sind nicht nur Erholungs- und Freizeitorde, sondern auch „lebenserhaltende Organe“ des urbanen Ökosystems: Als Wasserspeicher, natürliche Klimaanlage, Sauerstoffspender, CO₂-Speicher oder Luftfilter etc. Die Berliner SPD ist sich bewusst, dass mit zunehmendem Druck zur Nachverdichtung die Konkurrenz um diese Flächen wächst. Uns ist wichtig, dass diese Entwicklung nicht einseitig zulasten der Grünflächen der Stadt geschehen darf. Gerade die Corona-Krise hat uns verdeutlicht, welchen Stellenwert die öffentlichen grünen Infrastrukturen, wie Parks, Grünflächen und der öffentliche Raum für eine Stadtgesellschaft haben. Grünanlagen sind ein Pfeiler der Umweltgerechtigkeit. Deshalb brauchen wir einen Paradigmenwechsel in der Stadtentwicklungspolitik hin zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Stadt: Wir wollen Berlin noch grüner und lebenswerter werden, gerade in den verdichteten Quartieren. Dabei sind für uns mehrere Eckpunkte zu verzeichnen:

- Die **gesamstädtische Flächennutzungsplanung** muss konzeptionell neu aufgestellt werden: Gerade in den hochverdichteten Quartieren darf die weitere Inanspruchnahme von Flächen durch Versiegelung und Bebauung nur ermöglicht werden, wenn sie zu einer nachhaltigen Stadtinfrastruktur beiträgt, z.B. durch Grün- und Freiflächen, Gebäudebegrünung, Solardächer, dezentrales Regenwassermanagement, Einsatz von regenerativen Energien oder ein multimodales Mobilitätskonzept.
- **Nachhaltige Stadtplanung** soll verbindlich und „aus einem Guss“ erfolgen. Dazu muss eine raumbezogene verbindliche Verknüpfung der Planungswerke hergestellt werden, wie mit dem Landschaftsprogramm, Stadtentwicklungsplänen (StEP) Klima, Wohnen, Zentren und Mobilität und Verkehr mit dem Ziel sog. Vorranggebiete für nachhaltige Quartiere festzusetzen. Dieses hat in Mitwirkung und Abstimmung mit den Bezirken zu geschehen, z.B. bei der Erstellung von Integrierten Stadtentwicklungskonzepten (ISEKs) oder auch Bereichsentwicklungsplänen (BEPs). Dazu ist gerade auf der Bezirksebene eine entsprechende Personalausstattung sicherzustellen.
- Die **Berliner Bauordnung** muss grundsätzlich überarbeitet werden mit dem Ziel, verbindlich mehr Grün in den Siedlungsstrukturen zu sichern und zu schaffen. So ist z.B. der sog. Biotopflächenfaktor als geeignetes und anerkanntes Planungsinstrument gerichtsfest zu machen. Der Schutz von Bäumen nach der BaumschutzVO ist so in der BauO zu ergänzen- bzw. zu novellieren, dass Baugenehmigungen von Wohnungsbauten nicht mehr vorzeitig das Fällen von Bäumen zulassen. Die zulässige Bebauung inkl. sämtlicher Baustelleneinrichtungen ist so auszurichten, dass erhaltenswerte Bäume gesichert werden. Eine solche Überarbeitung muss jedoch mit der Schaffung entsprechender Personalstellen einhergehen, so dass die Reform nicht zu Verzögerungen bei Genehmigungsprozessen führt. Dies wollen wir in der nächsten Legislatur zügig erreichen.

- **Die Bauleitplanung** muss, gerade auch für Neubauquartiere einen angemessenen Anteil an Grün- und Freiflächennutzung verbindlich festsetzen. Dazu sind bürger:innennahe Konzepte zu entwickeln und von den Investoren zu realisieren, wie z.B. Naturerfahrungsräume, Mietergärten, Gemeinschaftsgärten.
- Das **Berliner Öko-Konto** im Rahmen der naturschutzrechtlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wollen wir umsetzen und erweitern. Dieses werden wir in Abstimmung und Einklang mit der Gesamtstädtischen Ausgleichskonzeption schaffen.
- **Kleingärten und gemeinschaftliches Gärtnern** werden wir mit einem Kleingartenflächensicherungsgesetz dauerhaft sichern. Mit diesem Gesetz erhöhen wir auch die Ansprüche an die ökologische Bewirtschaftung der Kleingartenflächen.

15) Wie will Ihre Partei die Kooperation von Berlin und Brandenburg ausbauen, um städtebauliche Planungen so aufeinander abzustimmen, dass in Stadt und Umland genügend Freiflächen erhalten bleiben?

Für die Berliner SPD ist klar: Berlin braucht eine bessere gemeinsame Planung auch mit den Nachbargemeinden im Brandenburger Umland. Dazu wollen wir das Kommunale Nachbarschaftsforum und die Gemeinsame Landesplanung von Berlin und Brandenburg weiterentwickeln. Wir brauchen ein gemeinsames Leitbild für eine nachhaltige Metropolregion Berlin-Brandenburg, damit Berlin mit den umgebenden Kommunen, Landkreisen und den beiden Landesregierungen eine bessere, integrierte Planungskultur entwickeln kann. Wichtig ist uns hier eine bessere Abstimmung in der Raumplanung, der Verkehrsplanung, insbesondere beim Pendlerverkehr, Wohnungs-, Freiraum- und Gewerbeplanung wie auch bei der Energieplanung und dem integrierten Wassermanagement. Eine bessere Verzahnung von Innen- und Außenbezirken ist dringend notwendig. Denn die Stadtentwicklung und -planung konzentriert sich oftmals zu stark auf das Gebiet innerhalb des S-Bahn-Rings. Dies greift zu kurz und verkennt die polyzentrische Struktur Großberlins, wie sie bereits vor 100 Jahren geschaffen worden ist. Das betrifft insbesondere die Mobilitätsangebote von „außen“ nach „innen“ und diagonal, gerade auch für Pendler über die Landesgrenze hinweg. Die ÖPNV-Verbindungen zwischen Berlin und dem Brandenburger Umland sind auszubauen. Auch die Pflege und Entwicklung der Grün- und Freiräume gehören zur Weiterentwicklung des Großstadtraums. Diese neuen Strukturen für eine lebenswertere Stadt müssen alle Akteure gemeinsam gestalten. Dazu wollen wir ein entsprechendes Forum „Außenstadt“ aufbauen, in dem insbesondere die Außenbezirke und einige Innenbezirke und die zuständigen Senatsverwaltungen vertreten sind.

16) Wie stehen Sie zur Randbebauung des Tempelhofer Felds?

Die SPD steht dem Wohnungsbau auf ausgewählten Randflächen des Tempelhofer Feldes offen gegenüber. Dabei wollen wir den Erhalt von Freiflächen zur Erholung und Bewegung sicherstellen. Der Bau von bezahlbarem Wohnraum und der Erhalt von öffentlichen Grünflächen müssen sorgfältig miteinander abgewogen werden. Die Entscheidung darüber obliegt jedoch letztlich den Berliner*Innen. Wir werden deshalb eine Diskussion mit der Stadtgesellschaft darüber führen und sind für einen zweiten Volksentscheid offen. Sollte es eine Mehrheit für eine Randbebauung mit Wohnungen und sozialer Infrastruktur geben, ist es für uns zwingend, dass die Flächen nur für Wohnungsbau durch die landeseigenen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften oder gemeinwohlorientierte Dritte in einem sehr geringen Umfang der Fläche des Feldes bebaut werden.

17) Wie stehen Sie zu dem Plan, den Bau eines Möbelmarkts am „Pankower Tor“ als öffentliches Interesse zu deklarieren, obwohl dieser ein national bedeutsames Vorkommen der streng geschützten Kreuzkröte bedroht?

Die Berliner SPD ist weiterhin dem Erhalt der Artenvielfalt verbunden – in Pankow ebenso wie in allen Berliner Bezirken. Eine Entscheidung über die angekündigte gerichtliche Klage zur geplanten Bebauung des „Pankower Tors“ erwarten wir mit Respekt und werden sie unserem weiteren Vorgehen zugrunde liegen. Hier wollen wir mit dem Berlin NABU und den anderen bezirklichen Akteuren einen gemeinsamen Weg gehen, der Tier-, Arten- und Naturschutz und das öffentliche Interesse in Einklang bringt.

//